

PROBLEMGEBIETE IN NRW

"Die wählen sowieso nicht"

Köln-Chorweiler ist ein Problem-Stadtteil. Die meisten Menschen hier sind arm, abgehängt – und haben keine Lust mehr auf Demokratie.

VON Michael Schlieben | 13. Mai 2012 - 09:02 Uhr

© Rolf Vennenbernd



Der Stadtteil Chorweiler in Köln

Die Wahlbeteiligung in Deutschland hängt stark von der sozialen Lage ab. Statistiken zeigen: Je ärmer ein Mensch ist, desto weniger beteiligt er sich an der Demokratie. Armin Schäfer vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln hat die Wahlergebnisse von 1.500 Stadtteilen aus 34 deutschen Großstädten untersucht. Sein Befund: Die höchste Konzentration von Nichtwählern gibt es in sogenannten städtischen Problemgebieten.

Chorweiler, eine Trabantenstadt im äußersten Norden Kölns, ist solch ein Problemgebiet. Anfang der siebziger Jahre wurde hier im großen Stil sozialer Wohnraum geschaffen. Es war die Zeit der Planungseuphorie und der Stadtflucht. Die vielen Parks, Spielplätze und Fahrradwege zeugen von der familienfreundlichen Atmosphäre, die hier entstehen sollte. Heute gilt es in Köln fast als soziales Stigma, wenn man aus Chorweiler kommt.

13.000 Menschen leben hier, Tendenz sinkend. Der Anteil von Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen, besonders unter den vielen Jugendlichen, ist so hoch wie sonst nirgends in Köln. Das spiegelt sich auch in den Wahlergebnissen wider. An der letzten Landtagswahl 2010 beteiligten sich nur 32 Prozent der Wahlberechtigten in Chorweiler. In manchen Kölner Villen-Vierteln waren es rund 80 Prozent.

Parteien schöpften Wähler-Potenzial nicht aus

An diesem Ungleichgewicht seien die Parteien nicht unschuldig, sagt der Gesellschaftsforscher Schäfer. Er hält ihnen mangelndes Problembewusstsein vor. Vor allem SPD und Linke, die in diesen Stadtteilen überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielen, würden ihr Wähler-Potenzial bei Weitem nicht ausschöpfen. Wie alle Parteien konzentrieren sie sich im Wahlkampf auf die urbanen Zentren.

Andreas Kossiski ist der SPD-Kandidat von Chorweiler. Der Polizeioberst und Gewerkschaftsfunktionär arbeitete früher auf der Chorweiler Polizeiwache. In dem Stadtteil, den er künftig im Landtag vertreten will, wohnt er selbst nicht. Das könne er seiner Lebensgefährtin "nicht zumuten". Nur für den Wahlkampf umzuziehen komme für ihn auch nicht infrage. Kossiski schlägt vor, sich in der Kölner Innenstadt zu treffen, um gemeinsam "raus" zu seinem Wahlkreis zu fahren.

Vorbei geht's an Fabriken, am Niehler Industrie-Hafen und an einer großen Mülldeponie, die unlängst wegen eines Spendenskandals der Kölner SPD Schlagzeilen machte. Etwas später sieht man sie: die mächtigen und hässlichen Hochhäuser-Schluchten am Stadtrand. Der Komiker Dirk Bach, antwortete einmal auf die Frage, was er an Köln gern ändern würde: "Als erstes Chorweiler abreißen".

Kossiski hält auf einem großen Parkplatz vor dem City-Center. Dort haben zwei Parteifreunde einen kleinen Wahlkampf-Stand errichtet. Auch sie leben nicht hier. Sie sind jung, nett und engagiert. Dennoch verkörpern sie mustergültig, was die grüne Bezirksbürgermeisterin Cornelia Wittsack-Junge kritisiert: Dass die meisten Politiker, die sich in Chorweiler engagieren, keinen wirklichen Bezug dazu hätten.

Das Interesse am SPD-Stand auf dem Parkplatz hält sich in Grenzen. "Klassischer Wahlkampf" sei in Chorweiler kaum möglich, sagen die SPD-Helfer. Große Veranstaltungen sind nicht geplant, die Partei-Promis meiden den Bezirk. Einladungen zu Podiumsdiskussionen in Schulen oder Lokalzeitungen gibt es gut wie keine. Neben den Info-Ständen besteht Kossiskis Hauptbeschäftigung im Wahlkampf darin, "Multiplikatoren" zu Gesprächen zu treffen: Unternehmer, Gemeinden und Vereine. Es fehle an "Geld und Ressourcen", klagt er. In Chorweiler gebe es kaum Parteistrukturen. Er will das ändern. Sollte er gewählt werden, will er hier im Viertel ein Parteibüro errichten.

Auf klassische Graswurzelarbeit verzichtet Kossiski bislang hingegen: In den Hochhäusern verteilt er Flyer, aber an irgendwelche Haustüren klopfen, um ins Gespräch zu kommen, will er nicht. Warum nicht? Er wolle den Menschen "ihre Würde lassen". Sie wohnen in ärmlichen Verhältnissen und würden sich schämen, wenn plötzlich ein Politiker vor der Tür stünde.

Tatsächlich machen viele Häuser einen verwahrlosten Eindruck. Als ein stadtbekannter Schandfleck gilt die Osloer Straße, speziell: Haus Nummer 6. Es ist bekannt für den Drogenhandel und für einige Selbstmörder, die sich hier schon runtergestürzt haben. Dabei

hat man vom 23. Stock aus einen herrlichen Blick auf Köln und den Rhein. "Luft und Licht für jeden", so stellten sich die Stadt-Planer in den siebziger Jahren die ideale Urbanität vor.

Der Blick nach innen: dunkle Flure, verschmierte Wände, kaputte Türen, ungesicherte Drähte, Kippenstummel, Müll, Pfützen, Hundescheiße. Das Schicksal der Hochhäuser in der Osloer Straße ist typisch für viele Häuser in NRW. Ehemals waren sie städtisch geförderter Wohnraum. Heute gehören sie einem privaten Investor, der sich wenig um die Instandhaltung kümmert und für Politiker und Mieter kaum zu greifen ist.

Spuren des Verfalls sieht man überall in Chorweiler. Müll liegt auf der Straße, die öffentliche Infrastruktur verrottet. Die Bezirksbürgermeisterin klagt über die "geringe Wertschätzung", die der Kölner Norden in der Stadtpolitik genieße. In ihrem Amt bröckelt es von der Decke. Davor liegt der Pariser Platz. Eigentlich ist er liebevoll angelegt, mit Ornamenten und vielen Bänken. Die meisten sind auch am Nachmittag besetzt – vornehmlich von Männern mit Bierflaschen.

"Abgehängte Stadtteile"

Mit den Menschen, die hier leben, ist es schwierig, ins Gespräch zu kommen, zumal wenn sie hören, dass es um Politik gehen soll. Den Kölner Soziologen Jürgen Friedrichs wundert das nicht. Er hat versucht, in Chorweiler Interviews zu führen und ist auf eine "hohe Quote an Verweigerern" gestoßen. Die Fragen interessierten die Menschen in der Osloer Straße nicht und für Antworten gab es kein Geld. Oft wurde dem Soziologen die Tür vor der Nase wieder zugeknallt. Das sei aber nicht spezifisch für Chorweiler, solche Gegenden gebe es in ganz Europa, betont Friedrichs. "Abgehängte Stadtteile" nennt sie der Bielefelder Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer .

Viele Chorweiler hätten "keine demokratische Ausbildung" genossen, sagt der SPD-Mann Kossiski. Schließlich kämen viele ursprünglich aus Ländern mit autoritären Regimen. Weniger elitär klingt sein Wahlkreis-Rivale von der Linkspartei. Richard Klein kennt die Probleme der Unterschicht, er kommt aus der Arbeitslosenbewegung. Aber auch er hat Probleme, an die Leute im Wahlkampf heranzukommen. Das Vertrauen in Politik und Demokratie sei sehr gering, sagt Klein. Da mache es auch keinen Unterschied, dass er von der Linkspartei komme. Auch wenn er oft nur nutzlos herumsteht, will er weiterhin vorm Jobcenter seinen Wahlkampf machen. Andere Politiker habe er hier noch nicht gesehen, sagt Klein. Einer habe ihn mal gefragt: "Was willst du da, die wählen doch sowieso nicht."

Mehr als doppelt so hoch ist die Wahlbeteiligung in Esch-Auweiler. Der Nachbarort ist nur einen Feldweg von Chorweiler entfernt und gehört zum selben Wahlkreis. Am Ortseingang weist ein Schild auf ein "Country-Fest" am Wochenende hin. Schnell sieht man, dass es sich hier um eine historisch gewachsene Gemeinde handelt, die über ein deutlich höheres Wohlstandsniveau verfügt. Man sieht schicke Einfamilienhäuser, gepflegte Vorgärten

und Nobelautos. Auch die Politik ist hier viel präsenter. An fast jeder Birke klebt ein Wahlplakat.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2012-05/nichtwaehler-chorweiler-koeln>